

Sigmar Gabriel, MdB  
Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

## **Rede anlässlich der Wertekonferenz Gerechtigkeit**

am Montag, 9. Mai 2016 in Berlin

Meine Damen und Herren,  
sehr verehrte Gäste,  
liebe Genossinnen und Genossen,

„Was sind Staaten anderes als große Räuberbanden, wenn es in ihnen keine Gerechtigkeit gibt.“

Dieser Satz könnte ein SPD-Klassiker sein. Er stammt aber aus dem 5. Jahrhundert und wurde von Augustinus notiert. Der Hunger nach Gerechtigkeit treibt die Geschichte der Menschheit nicht weniger an als das Bedürfnis nach besseren Lebensbedingungen und materieller Sicherheit.

An den historischen Schwellen sind bis an die Zähne bewaffnete Regime aus den Angeln gehoben worden, weil sie das Gerechtigkeitsempfinden ihrer Bevölkerungen mit Füßen getreten hatten. Die großen Revolutionen der Neuzeit sind Gerechtigkeitsrevolutionen bis in unsere Zeit, die das Ende der Apartheid in Südafrika, die Solidarnosc in Polen, den Fall der Mauer und den Zusammenbruch der Sowjetunion gebracht haben. Und auch die Erhebung gegen das autoritäre Regime Mubaraks in Ägypten und in anderen Ländern Nordafrikas war letztlich das Aufbegehren einer Generation, die im inneren Zustand ihres Landes weder Gerechtigkeit noch Hoffnung auf ein besseres Leben vorfanden.

Die großen demokratischen Bewegungen sind Freiheits- und Gerechtigkeitsbewegungen. Die Sozialdemokratie gehört seit mehr als 150 Jahren zu ihnen.

Gleiches Bürgerrecht statt vererbte Stände und Privilegien – darum ging es von Anfang an. Ob Wahlrecht, Schulen ohne Schulgeld oder Verbot der Kinderarbeit. Immer ging um beides: um eine gerechtere Teilhabe am Haben und am Sagen.

Hinter diesen Forderungen stand immer der Kampf um Respekt, um Augenhöhe, um Emanzipation: Keiner Herr, keiner Knecht. Es ging immer um eine Gesellschaft der Freien und Gleichen.

Deshalb sammelten sich Gesellen, Handwerker, Arbeiter, die von der Obrigkeit zur Unterschicht erklärt und niedergeschossen wurden, wenn sie aufbegehrten. Aber nicht nur sie. Auch Anwälte, Akademiker und Zeitungsleute gehörten dazu, weil sie die soziale Erniedrigung, die Chancenlosigkeit und Ausbeutung unerträglich fanden.

Die SPD war nie die Partei nur einer Klasse. Sie bekämpfte die Klassengesellschaft und überwand sie zuerst in den eigenen Reihen. Uns Sozialdemokraten war dabei immer klar: Den Versuch, ein gelungenes Leben zu führen, muss jeder Mensch selbst in die eigene Hand nehmen. Weder eine Partei noch ein Staat kann das ersetzen.

Aber Bedingungen dafür zu schaffen, dass jedes Leben gelingen KANN, das ist in diesen 150 Jahren die Aufgabe sozialdemokratischer Politik gewesen. Die sozialdemokratische Idee will, dass das Leben für jeden Menschen frei sein soll. Nicht nur frei von Not und Unterdrückung, sondern vor allem auch frei zu einem selbstbestimmten Leben.

Nicht die Herkunft oder das Einkommen der Eltern, Rasse, Geschlecht oder Religion sollen das Leben des einzelnen festlegen.

Sondern in einer Gesellschaft sollen Bedingungen herrschen, wo die Entscheidungen über das eigene Leben selbstbestimmt getroffen und übrigens auch immer wieder korrigiert werden können.

Und dort, wo die Hürden für ein selbstbestimmtes Leben für den einzelnen zu hoch sind, wollen wir uns unterhaken und diese Hürden so gut es geht beseitigen. Das nennen wir Solidarität.

Für mehr Gerechtigkeit zu sorgen, heißt also vor allem die Freiheitsspielräume für Menschen und die Chancen auf ein selbstbestimmtes Leben zu erhöhen.

Gerechtigkeit in diesem Sinne definiert aber nicht nur die SPD. Diese auf die individuelle Freiheit gerichtete Gerechtigkeit definiert unsere Identität als Demokraten generell. Sie ist der Anspruch einer modernen Gesellschaft an sich selbst.

Denn gleiche Rechte für Frauen und Männer, das Recht auf ein selbstbestimmtes Leben unabhängig von Hautfarbe, Herkunft, Einkommen der Eltern oder Religion, bestimmen ja den Kern unserer demokratischen Verfassungen.

Mehr noch: Sie sind universell und sind nach unseren Vorstellungen ja gerade nicht an ein bestimmtes Staatsgebiet oder eine Nationalität gebunden.

Aber genau bei diesem universellen Anspruch haben die westlichen Demokratien versagt. Denn die sogenannten Flüchtlingskrisen zeigen uns ja täglich, wie weit wir von diesem universellen Anspruch auf gerechte Teilhabe und auf Selbstbestimmung und Freiheit entfernt sind.

Ein zweites mit dem Drama der Flüchtlingsbewegungen unmittelbar verbundenes Beispiel für die Vernachlässigung unseres universellen

Gerechtigkeitsanspruchs ist übrigens der Klimawandel. Dabei verletzen wir nicht nur die Gerechtigkeit gegenüber denjenigen, die in den armen Ländern der Erde den Klimawandel nicht verursachen, aber am meisten darunter leiden, sondern gleich noch die Gerechtigkeit unserer eigenen Kinder und Enkelkinder. Denn wir begrenzen ihre Chancen auf Selbstbestimmung und Freiheit, indem wir Umwelt und Ressourcen so schädigen, dass künftige Generationen mehr mit der Bewältigung der Konsequenzen unseres Handelns zu tun haben werden als mit der Entwicklung ihrer eigenen Lebensperspektiven.

Wenn also die Sozialdemokratie über Gerechtigkeit diskutiert, dann darf sie den Begriff nicht verengen auf die eigene Gesellschaft.

Übrigens ist das keine neue Erkenntnis: Als sich 1889 in Paris das erste Mal die internationale Arbeiterassoziation traf, als sozusagen die sozialdemokratische Internationale, wurde der 1. Mai als internationaler Kampftag der Arbeiterbewegung geboren.

Damals hieß es in den Aufrufen: „Das Kapital ist national organisiert. Dagegen hilft nur die internationale Solidarität der Arbeiterbewegung.“ Mehr als 125 Jahre danach stellen wir fest: der einzige, der international wirklich organisiert ist, ist der Kapitalismus. Die Sozialdemokratie dagegen ist noch ziemlich national unterwegs.

Das war übrigens der Grund, warum Martin Schulz und ich vor einigen Jahren ein Netzwerk progressiver Parteien – die Progressiv Alliance – ins Leben gerufen haben.

Auch weil die einstmals so stolze Sozialistische Internationale zu einem reformunwilligen Selbstbedienungsladen ihrer Funktionäre degeneriert ist.

Diese Progressiv Alliance hat inzwischen 120 teilnehmende Parteien. Noch sehr unvollkommen und zu unverbindlich, aber jedenfalls ein erster Ansatz zur Internationalisierung sozialdemokratischer Politik.

Vor diesem Hintergrund dieses großen Anspruchs und der ja durchaus erfolgreichen Geschichte der Sozialdemokratie ist es natürlich mehr als ein Alarmsignal, wenn jüngste Umfragen der SPD bescheinigen, dass nur noch 32% der Bürger ihr eine Kompetenz in Fragen der sozialen Gerechtigkeit zutrauen.

Die SPD ist eine verantwortungsbewusste Partei – manche nennen sie staatstragend. Das klingt langweilig, ist aber keine Schande.

Denn Sozialdemokraten ist Protest nie genug. Sie arbeiten an den sozialen Problemen, in Bund, Ländern und Kommunen.

Wir schaffen die Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen und den Mindestlohn.

Wir bekämpfen den Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen zum Lohndumping.

Wir führen eine Mietpreisbremse ein und entlasten die Kommunen um mehr als 20 Mrd. Euro.

Wir ermöglichen die abschlagfreie Rente nach 45 Versicherungsjahren und die solidarische Mindestrente bei unterbrochenen Erwerbsbiografien.

In all diesen Projekten der jetzigen sozialdemokratisch geprägten Bundesregierung spiegelt sich die reformistische Tradition einer Partei, die den 8-Stunden-Tag und die Lohnfortzahlung bei Krankheit verwirklicht hat, während die Weltrevolution bekanntlich auf sich warten ließ.

Soziale Reformpartei zu sein, das ist der Stolz der SPD. Aber es hat eine Kehrseite.

Wer die kleinen Schritte geht, kann die Richtung aus den Augen verlieren.

Wer das Machbare tut, kann das augenblicklich Machbare mit dem grundsätzlich Notwendigen verwechseln.

Vor allem: Wer pragmatisch handelt, neigt dazu, den engagierten Idealismus vor allem junger Leute und neuer Generationen gering zu schätzen.

Wir schreiben Gesetze, Verordnungen und Ausführungsbestimmungen – in der Gesellschaft aber tobt ein neuer historisch bedeutender Kampf um globale Gerechtigkeit.

Das nahm schon der tschechische Schriftsteller Jaroslav Hasek aufs Korn, als er 1911 zur Gründung der „Partei des mäßigen Fortschritts im Rahmen der Gesetze“ aufrief.

So in etwa klingt vermutlich die SPD heute auf viele sozial und ökologisch engagierte Menschen. Man muss ernsthaft fragen, ob wir den Gerechtigkeitshunger unserer Zeit noch begreifen.

Angesichts der neuen sozialen Frage wirkt die SPD zu sehr als eine emotional ermüdete Partei im Hamsterrad der Sozialreparatur.

Es ist aus meiner Sicht die größte Herausforderung für die deutsche aber wohl auch für die europäische und internationale Sozialdemokratie.

Denn auch in Frankreich, den Niederlanden oder Skandinavien gibt es ähnliche Befunde.

Das Beschwören unserer historischen Leistungen oder Durchhalteparolen helfen also nicht weiter. Wir müssen klar sein in der Analyse.

Wir erleben eine Zeit, in der die soziale Frage zurückgekehrt ist. Der Zorn über Ungerechtigkeit hat zugenommen.

Europa droht zu zerbrechen an der Massenarbeitslosigkeit von jungen Leuten und an den antieuropäischen Protestbewegungen, die das hervorgerufen hat.

Sinkende Löhne und Renten in Südeuropa, zugleich aber monströse Ausmaße von Rechtsverachtung und Steuerhinterziehung durch Eliten in Wirtschaft und Politik. Was die Panama-Papiere zuletzt aufgedeckt haben, ist die Spitze des Eisbergs. Es sind Hunderte von Milliarden Euro, die in Europa vor der normalen Besteuerung versteckt werden.

Hier die Reichen, die den Erfolg ihrer Kinder kaufen, und dort die Menschen in prekären Lebenslagen, deren Kinder keine Chancengleichheit finden. Auch das Gesundheitssystem spiegelt den Riss. Wer arm ist, wird häufiger krank und stirbt früher, und das auch in Deutschland.

Wie kommt es, dass wachsender Wohlstand mit zunehmender Unsicherheit der Menschen einhergeht? Woher kommt diese Nervosität und Gereiztheit der Bürger, die sich im Internet Bahn bricht und von der rechte Parteien profitieren?

Ich glaube: Modernisierungsspannungen, Innovationsstress hat alle entwickelten Gesellschaften erfasst.

Unsicherheiten und neue Ungleichheit durch neue Technologie- und Globalisierungsschübe sind das Kennzeichen der Zeit.

Durch die Digitalisierung von immer größeren Teilen der Wirtschaft haben die informellen Sektoren zugenommen. Medien, Kommunikation, Kulturproduktion sind voll erfasst. Was für die einen Hobby ist, wenn sie Wikipediaeinträge verfassen, ist für andere zur digitalen Tagelöhnerie geworden, weil sie für Qualitätsjournalismus kein existenzsicherndes Einkommen erhalten. Auch Handel und Dienstleistungen spüren den Druck.

Der konservative Philosoph Odo Marquard hat den Menschen als ein Zeitmangel-Wesen bezeichnet. Wir haben nur eine Lebenszeit zur Verfügung, wir können mit dem Leben nicht warten, und weil das Leben kurz ist, kann man auch nicht beliebig oft neu anfangen.

Deswegen ist unsere Veränderungsfähigkeit begrenzt, deswegen setzen uns Globalisierung, Digitalisierung usw. so unter Stress. Wenn dann auch noch Lebensrisiken schwer kalkulierbar erscheinen - wie Krankheit oder das Leben nach der Erwerbsarbeit im Alter - dann wächst die Verunsicherung.

Die aktuelle Rentendebatte ist ein Beispiel. Keiner Partei - auch der SPD nicht - wird hier ausreifend Kompetenz zugetraut. Wenn die Rente aber nicht sicher erscheint, um ein angemessenes Leben im Alter führen zu

können, dann mag der Nerd darüber lächeln, der potenzielle sozialdemokratische Wähler sieht sich um Leben und Leistung betrogen.

Mit dem Begriff „Generationengerechtigkeit“ wurde systematisch die gesetzliche Rente unterminiert. „Generationengerechtigkeit“ bleibt wichtig, aber im Alter würdevoll und materiell gesichert zu leben, ist mindestens genauso wichtig.

Das Thema Rente ist deshalb mehr als Sozialtechnik. Vor allem aber ist es eine Erzählung von einem guten, erfüllten und gelingenden Leben, von einem Alter ohne Not und Ängste, von Selbstbestimmung statt Abhängigkeit von Kindern oder vom Sozialamt. Es ist die Geschichte von Würde, Anerkennung, von Stolz auf das eigene Leben. Rente ist wie Flüchtlinge ein Brennglas-Thema. Darunter erleben die Menschen, welche Wertschätzung sie erfahren, ob sie sich in der Gesellschaft angenommen und zu Hause fühlen. Rente ist für die mentale Verfassung im Land wichtig – interessanterweise - auch für junge Arbeitnehmer, wie wir aus den Befragungen der Gewerkschaften wissen.

Ein neues Dienstleistungsprekariat kann den Verheißungen der Digitalisierung nichts abgewinnen.

Es fehlt ihnen aber auch an der Erfahrung massenhafter und kollektiver Interessenvertretung.

Sie glauben nicht an die alten Aufstiegsversprechen, sie fühlen sich schon gar nicht als Träger des gesellschaftlichen Fortschritts, wie die alte Arbeiterbewegung. Denn sie sehen diesen Fortschritt weder bei sich noch bei ihren Kindern. Ihre Lebenserfahrung ist eher „jeder ist sich selbst der nächste“.

Die Kehrseite dieser Zurückgeworfenheit auf sich selbst, ist auch der fehlende Glaube in den Wert der Solidarität. Am meisten ist das im Zorn dieses Dienstleistungsproletariats zu spüren, wenn es um diejenigen geht, die nicht arbeiten, sondern vom Sozialstaat alimentiert werden.

Hinzu kommen die internationalen Krisen, Kriege und versagenden Staaten, in denen die Menschen keine Zukunft finden. Armut und Not gab es immer. Heute aber sehen die Menschen überall über Smartphones, was in den reichen Ländern zu erhoffen ist. Weltweite Migrationsströme sind ein Zeichen globaler Ungleichheit.

Flucht und Zuwanderung nach Europa wiederum führt in unserer Gesellschaft zu schärferer sozialer Konkurrenz.

Die Ärmeren der reichen Länder spüren diesen Druck zuerst. Er richtet sich auf unqualifizierte oder leicht ersetzbare Arbeit.

Er richtet sich auf bezahlbaren Wohnraum. Oder auf öffentliche Schulen in Brennpunkten.

Deutschland hält sich gut, weil es eine sozialdemokratische Gesellschaft mit einem aktiven Sozialstaat hat. Aber auch unsere Gesellschaft steht unter Druck.

Übrigens ist es der große Betrug der Rechtspopulisten, dass sie den Menschen vormachen, die Flüchtlinge seien an der sozialen Frage Schuld. Der Zuzug von Hunderttausenden Flüchtlingen ändert an den Ursachen und Wirkungen der Ungleichheit gar nichts.

Wohl aber spitzt er die Konflikte zu. Wir hatten schon vorher eine offene Integrationsfrage, eine unbeantwortete Inklusionsfrage. Wie schaffen wir Chancengleichheit, wie sichern wir Arbeit, sozialen Wohnraum oder auch öffentliche Sicherheit als Bürgerrecht in allen Stadtteilen?

Mit dem Zuzug der Flüchtlinge wird uns dramatisch vor Augen geführt, dass wir die Aufgabe der Integration für alle Menschen bestehen müssen. Ich habe das die „doppelte Integrationsaufgabe“ genannt. Und die SPD sagt zu Recht seit Monaten: Wir brauchen einen Staat, der Respekt genießt und handeln kann, damit Zusammenhalt möglich ist.

Wir brauchen eine umfassende Gesellschaftspolitik der sozialen Integration. Wir brauchen ein auf zehn Jahre angelegtes Programm der sozialen Investitionen. Das ist die wahre Entscheidungsfrage im Kampf gegen die neuen Rechten in Europa.

Dreh- und Angelpunkt ist das System der Chancen und der Möglichkeiten, ein anständiges Leben mit eigenen Leistungen zu erreichen. Marcel Fratzscher schreibt meines Erachtens zu Recht, dass wir bei der Verteilung von Chancen und der sozialen Durchlässigkeit nicht gut sind. Zuerst muss es um Bildung, Arbeit, Wirtschaft gehen.

Die SPD war niemals nur Sozialstaatspartei. Sie war immer eine Partei, die in das Wirtschaftssystem eingreift und das System der Primärverteilung gestaltet. Dort wird die Machtfrage gestellt. Gewerkschaften wissen das. Dort geht es um die Teilhabe am Produktivitätszuwachs, um anständige Löhne und gute Arbeit. Dort geht es um die Stabilisierung der Tarifverträge, um Wert und Würde der Arbeit.

Wir haben es immer wieder erfahren: Wenn die breite Beteiligung der Menschen an Erwerbsarbeit gelingt, wenn mit dem Wohlstand auch die Löhne steigen, dann ist der Sozialstaat finanziell gesund und kann denen helfen, die es brauchen.

Auch die Ungleichheit der Geschlechter resultiert heute vor allem aus der Ungerechtigkeit bei Arbeit und Wirtschaft. Die systematische Schlechterbezahlung von Frauen im Beruf ist nicht hinnehmbar. Das

Lohn gerechtigkeitsgesetz von Manuela Schwesig ist ein wichtiger Schritt. Es stellt zumindest Transparenz her. Im Kern muss es aber darum gehen, die traditionellen Frauenberufe besser zu entlohnen.

Die Industriegesellschaft bewertete immer die technischen und kaufmännischen Berufe weit höher als die sozialen und pflegerischen Berufe. Industriearbeit war gut bezahlt und schon deshalb Männerarbeit. Soziale Arbeit war zu Beginn mehr Caritas und dann weithin schlechter bezahlte Frauenarbeit. Es beginnt schon bei der Ausbildung, die in den gewerblich technischen Berufen mit Ausbildungsvertrag und Ausbildungsvergütung ausgestattet ist. In den sozialen Berufen eine schulische Ausbildung, bei der bis vor nicht allzu langer Zeit selbst Schulgeldzahlungen der Auszubildenden noch üblich waren.

Ganz offenbar reicht es aber nicht aus, einzelne politische Forderungen und Programme dagegen zu stellen, um Vertrauen in die Kraft der Sozialdemokratie und ihren ernsthaften Willen zur Veränderung wiederzugewinnen. Denn sonst müsste die SPD bei mindestens 50 % liegen.

Wir brauchen also ein tiefergehendes Verständnis für das, was um uns herum passiert.

Es gibt einen tiefen Vertrauensverlust, den auch andere Parteien spüren, der aber die SPD ganz besonders hart trifft. Denn dass CDU/CSU oder FDP im Kern Fragen nach der sozialen Gerechtigkeit bereits als Fehler in der Fragestellung betrachten, ist nichts Überraschendes. Für sie sind Unterschiede in den Freiheitsspielräumen und Lebensperspektiven Ausdruck von Wettbewerb. Und zwar sowohl national wie international. Für die Sozialdemokratie aber sind Gerechtigkeitsfragen konstitutiv. Deshalb wird sich die SPD dieser Frage stellen. Heute ist dafür nur der Auftakt. Und wir werden die Gerechtigkeitsfragen, die zugleich Glaubwürdigkeitsfragen an die SPD sind, öffentlich diskutieren.

Und natürlich wissen wir, dass knapp 1 ½ Jahre vor der nächsten Bundestagswahl alles, was wir tun, als taktisch bewertet werden kann und vermutlich auch wird. Und dennoch sage ich: Es geht um weit mehr als die Aussichten zur kommenden Bundestagswahl. Es geht um den Gestaltungsanspruch für unsere Gesellschaften in Europa und darüber hinaus.

Denn die Kritik an sozialer Ungleichheit, an mangelnder Sicherheit und fehlenden Chancen für ein selbstbestimmtes Leben gibt es ja. Und Alternativen zu sozialdemokratischen Antworten gibt es auch.



Die klassische konservativ-liberale Antwort mit Verweis auf die globale Wettbewerbsökonomie, der man sich eben anpassen müsse, ist dabei noch die harmloseste. Angela Merkel nannte das die „marktkonforme Demokratie“.

Wesentlich gefährlicher ist die Antwort der neuen Rechten. Sie konkurrieren direkt mit dem Anspruch der Sozialdemokratie, weil sie sich häufig nicht in der Kritik bestehender Verhältnisse unterscheiden, wohl aber in den Antworten.

Wohlstandschauvinismus, Fremdenfeindlichkeit in der Verkleidung des Anti-Islamismus und die Rückkehr zu einem antieuropäischem nationalen Egoismus ist weitaus bedrohlicher als die Forderungen nach Anpassung an den scheinbar alternativlosen globalen Standortwettbewerb.

Gefährlicher, weil er sich offen gegen Minderheiten wendet und oft genug ein nur dürftig getarnter „Appell an den inneren Schweinehund“ ist, wie es Kurt Schumacher einmal genannt hat.

Gefährlich, weil es der Erosion des europäischen Zusammenhalts weiter Vorschub leistet und Europa in der Welt damit sprachlos und ohnmächtig werden lässt.

Und gefährlich letztlich auch für das deutsche Wohlstandsmodell, denn die Rückbesinnung auf nationale Abschottung und Abwendung von Europa ist für eine exportorientierte Volkswirtschaft wie die deutsche der Weg in die ökonomische Katastrophe.

Zu diesen beiden Varianten der politischen Rechten in Deutschland und Europa – zur Anpassungsvariante der marktkonformen Demokratie und zur Variante der nationalchauvinistischen Abschottung – muss die Sozialdemokratie eine glaubwürdige Alternative entwickeln.

Was nichts weniger heißt als ihren gesellschaftspolitischen Gestaltungsanspruch zu erneuern und sich nicht mit Einzelreformen zufrieden zu geben, mögen sie auch noch so wichtig sein.

Vor mehr als 150 Jahren haben Sozialdemokraten begonnen, diesen Gestaltungsanspruch für ihre nationalen Gesellschaften zu formulieren. Daraus wurde die ungeheure Erfolgsgeschichte des nationalen Sozial- und Rechtsstaats. Im Kern waren die Sozialdemokratischen Parteien immer dann erfolgreich, wenn sie Solidarität – also Verantwortung füreinander – und Emanzipation – also der Wunsch nach Veränderung der bestehenden Verhältnisse – zusammen brachten.

Letztlich geht es auch heute um beides: Solidarität und Emanzipation. Nur wird das nicht mehr allein im Nationalstaat gelingen. Internationale Zusammenarbeit ist notwendiger denn je.

Schon das aktuelle Beispiel der Panama Papers zeigt, wie wenig dieser Nationalstaat heute noch ausrichten kann, wenn er eine angemessene

Beteiligung aller Einkommensschichten an der Finanzierung seiner Aufgaben durchsetzen will.

Die deutsche und europäische Sozialdemokratie muss also ihren Gestaltungsanspruch diesmal europäisch und international formulieren. Sonst bleibt ihr Gerechtigkeitsanspruch auch national unglaubwürdig. Was hilft die Wiedereinführung der Vermögenssteuer, bei der selbst Optimisten nicht davon ausgehen, dass sie mehr als 5 bis 10 Milliarden € jährlich einbringt, wenn zeitgleich durch das völlige Fehlen einer gerechten Steuerpolitik in Europa allein Deutschland pro Jahr 150 Milliarden € verloren gehen, weil sich multinationale Konzerne vor dem Steuern zahlen drücken können?

Die Konzentration auf die nationale Steuerpolitik darf nicht zum Feigenblatt für mangelnden Mut und mangelnde Fähigkeit zu einer gerechten europäischen Steuerpolitik werden.

Auch wenn die Sozialdemokratie bei diesem Streben nach gesellschaftlichen Bedingungen für Freiheit und Selbstbestimmung Fehler gemacht hat – was unzweifelhaft auch der Fall war – selbst wenn sie sich zeitweise unsicher über ihre Rolle und Aufgaben war, so ist diese Idee von Freiheit zu einem selbstbestimmten Leben bis heute Kern sozialdemokratischer Politik für eine gerechte Gesellschaftsordnung.

Politik für eine gerechte Gesellschaft hat sich dabei übrigens nie auf Umverteilungsmechanismen in den Sozialversicherungen oder in der Steuerpolitik reduziert. Die Höhe der Steuern und Sozialabgaben allein sagt noch nicht allzu viel darüber aus, wie gerecht oder ungerecht eine Gesellschaft ist.

Dienen hohe Steuern und Sozialabgaben beispielsweise nur der Alimentierung und nicht der Verbesserung von Teilhabechancen, können sie die Ungerechtigkeiten einer Gesellschaft sogar noch zementieren helfen. Das alte System des Nebeneinander von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe förderte z.B. diese Zementierung.

Und es muss uns zur Reform unseres Umverteilungssystems aufrufen, wenn wir jährlich 200 Mrd. € für den sogenannten Familienlastenausgleich ausgeben, und trotzdem die Kinderarmut und die Armut der Eltern in Deutschland steigen.

Umgekehrt sind Steuern und Sozialabgaben natürlich wichtige Instrumente, um für gerechte Bedingungen zu Selbstbestimmung und Teilhabe zu sorgen.

Es ist natürlich nach wie vor in hohem Maße ungerecht, dass sich der wohlhabende Teil unserer Gesellschaft einer solidarischen Absicherung des Krankheitsrisikos entziehen kann und deshalb die Kosten für die Krankenversorgung bei dem nicht so wohlhabenden Teil steigen. Eine

Bürgerversicherung für alle bleibt deshalb für die SPD auf der Tagesordnung auch für die kommende Bundestagswahl. Genauso ist es ungerecht, dass auch wir Sozialdemokraten im Versuch, uns an die angeblich alternativlosen Spielregeln der globalen Finanzmärkte anzupassen, den Fehler gemacht haben, Kapitalerträge geringer zu besteuern als Erträge aus Arbeit.

Ausgerechnet die Partei der Arbeit hat beim damaligen gesellschaftlichen Mainstream mitgemacht und leistungslose Kapitalerträge mit niedrigen Steuern belohnt und harte Arbeit mit höheren Steuern bestraft. Schon wenige Maßnahmen zeigen, wie auch wir Sozialdemokraten uns den gesellschaftspolitischen Schneid haben abkaufen lassen. Statt für die Regulierung der Finanzmärkte und ihre internationale Besteuerung einzutreten, haben wir versucht, uns bei ihnen lieb Kind zu machen. Die Steuerhinterzieher sind trotzdem nicht zurück gekommen. Mit der Union war diese grobe Verletzung einer gerechten Beteiligung aller Einkommensarten an den öffentlichen Finanzierungsaufgaben in dieser Periode nicht zu korrigieren.

Sollte die SPD in einer kommenden Bundesregierung wieder vertreten sein, muss sie die Korrektur dieses Fehlers durchsetzen und die Abgeltungssteuer für Kapitalerträge zugunsten einer gleichen Besteuerung mit allen anderen Einkommensarten abschaffen. Und noch besser wäre es, wenn wir die Einnahmen aus einer gleichen Besteuerung von Kapitalerträgen verbindlich für eine neue Bildungsoffensive einsetzen würden.

Als ich zur Schule ging, kam ich zuerst in eine neue Grundschule, dann in eine neue Realschule und am Ende in ein neues Gymnasium. Wir konnten im wahrsten Sinne des Wortes „begreifen“, dass Bildung diesem Land etwas wert war. Mit modernen Klassenräumen und Medien, großzügigen Sportanlagen. Die selbst die sanitären Einrichtungen waren besser als bei uns zuhause. Gehen wir heute durch die schwierigen Stadtteile unserer Großstädte, dorthin, wo der Ausländeranteil ebenso hoch ist wie die Langzeitarbeitslosigkeit, finden wir solche Schulen fast nirgendwo. Solange das Kind eines Akademikers gegenüber einem Arbeiterkind eine drei Mal so große Chance hat, auf ein Gymnasium zu kommen, können wir nicht von einer gerechten Gesellschaft reden. Solange es unser Bildungssystem in den sozialen Brennpunkten nicht schafft, die Vererbung von Wohlstandschancen zu durchbrechen, muss die SPD kampfbereit sein. Die zusätzlichen Einnahmen in Milliardenhöhe aus der gleichen Besteuerung von Kapitaleinkommen wie der von Arbeitseinkommen

müssen wir in ein Leuchtturmprogramm Schulen in Brennpunkten investieren.

In den schlechtesten Vierteln brauchen wir die besten Schulen. In den Stadtteilen, wo alle Hoffnung auf der Bildung der Kinder ruht, müssen die Schulen strahlen. Diese Schulen müssen die Kathedralen des 21. Jahrhunderts sein und nicht die Banktürme oder Bürohochhäuser! Baulich, in der Ausstattung und beim Lehrpersonal! Das ist ein Zeichen, dass wir Gerechtigkeit wollen!

Investitionen in moderne Schulen und dazu noch in 10.000 Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter: Das wäre eine angemessene Verwendung für die Einnahmen aus fairen und gerechten Kapitalertragssteuern.

Wir alle wissen: Eine gute Bildung, Ausbildung oder sogar ein gutes Studium sind heute nicht mehr per se ein Freifahrtschein für ein gelungenes Berufsleben.

Aber ohne gute Bildung und Ausbildung ist jedenfalls sichergestellt, dass eine angemessene Teilhabe und ein gutes Leben schwer zu erreichen sind. Vor guter Arbeit steht gute Bildung. Wissen ist Macht, heißt es. Auch die Qualifizierungsfrage ist heute noch eine Machtfrage.

Auch im digitalen Zeitalter gilt: Bildung heißt Erwerben von Kompetenzen und die Fähigkeit zur Orientierung.

Wer Zusammenhänge erkennt und versteht, wer etwas kann, der kann auch mithalten und mitgestalten. Wir wollen selbstbewusste und selbstbestimmte Menschen. Das ist die große historische Gerechtigkeitsaufgabe der Bildungspolitik.

In Deutschland ist die Lage durchaus paradox: Deutschland hat die Massenarbeitslosigkeit überwunden, die höchste Beschäftigung seit der Wiedervereinigung und erstmals seit langem kräftig steigende Reallöhne.

– Doch viele nehmen der SPD die Agenda-Reformen übel.

Steigende Beschäftigung und höhere Löhne führen in diesem Jahr zu der höchsten Rentensteigerung seit 25 Jahren. Um 6,7 Mrd. Euro steigen die Altersbezüge, in Ostdeutschland um 6%. – Doch das Vertrauen in die Rente ist gering und noch geringer das Vertrauen in die Rentenkompetenz der Parteien – auch in die der SPD.

Die SPD verkörpert einen Widerspruch. Messbarer realpolitischer Fortschritt auf der einen Seite.

Dennoch aber Wut und Enttäuschung, weil die Erwartungen und wohl inzwischen auch die Abstiegsängste größer sind als das Erreichte.

Und auch die strukturellen Bedingungen für den Erfolg sozialdemokratischer Politik haben sich grundlegend geändert: Es war die

Fähigkeit zu kollektiver Interessenvertretung gepaart mit dem Ausbau eines handlungsfähigen nationalen Sozialstaats, die bis in die 80er Jahre des letzten Jahrhunderts hinein die Durchsetzungsfähigkeit der Sozialdemokratie ausmachten.

Heute leben wir in sehr individualisierten Gesellschaften, die kollektiver Interessenvertretung entweder misstrauen oder sie sogar für überflüssig halten.

Zugleich begrenzen die globalisierten Wirtschafts- und Finanzstrukturen immer mehr den Handlungsrahmen nationaler Sozialstaaten.

Wenn die Sozialdemokratien trotzdem politisch erfolgreich sein wollen, müssen sie an drei Antworten arbeiten:

Erstens: Wie modernisieren wir unsere Volkswirtschaft so, dass wir auch in 10 Jahren noch wirtschaftlich erfolgreich arbeiten, zugleich aber wieder mehr soziale Sicherheit und ökologische Nachhaltigkeit schaffen?

Zweitens: Wie gelingt es uns nicht nur international zu reden, sondern auch zu handeln? Dabei müssen wir vor allem eine gemeinsame sozialdemokratische Idee von Europa entwickeln. Davon sind wir heute weit entfernt. Ob es nun um die Nachbarschaftspolitik zu Nordafrika geht, um den Waffenhandel, die Flüchtlinge, um die Arbeitslosigkeit im Süden, die kulturelle Differenz zwischen Ost- und Westeuropa oder um die Finanzpolitik.

Schon das kleine Beispiel der Finanztransaktionssteuer zeigt, wie viel Arbeit vor uns liegt: Denn es sind auch linke Regierungen, die das Zustandekommen dieser überfälligen Besteuerung der Finanzmärkte behindern. Und auch in Deutschland muss klar sein: Die Finanztransaktionssteuer ist eben kein Instrument zur Verbesserung der Haushaltslage von Bund und Ländern, sondern sie muss der Einstieg in eine europäische Steuer sein, die dort investiert wird, wo die Lebens- und Arbeitsbedingungen am schlechtesten sind. Und das ist nicht Deutschland, sondern der Osten und der Süden Europas.

Deshalb übrigens darf die heutige Eurogruppensitzung auch kein neues Sparprogramm für Griechenland beschließen, sondern die Erleichterung der Schuldentragfähigkeit und die Beendigung des jährlichen Krisenzyklus, in dem die Griechen immer nur um neue Kredite zum Bedienen alter Kredite kämpfen müssen.

Wie nicht weniger wichtig ist: Wie ändern wir das paternalistische Bild einer „Wir-machen-für-Euch-Politik-Partei“ zugunsten von mehr Beteiligung und mehr Partizipation in der Entwicklung und Umsetzung von sozialdemokratischer Politik?

Also wie ermöglichen wir mehr Einflussnahmemöglichkeiten für Mitglieder aber auch für Nicht-Mitglieder, die sich unserer Idee von einer gerechten Gesellschaft verpflichtet fühlen?

Mit mehr Kooperation zu progressiven Bewegungen. Das bedeutet einerseits mehr Unsicherheit, denn eingeübte Rituale und scheinbare ideologische Gewissheiten werden dadurch infrage gestellt werden. Es bedeutet auch realen Verlust an Macht in den klassischen Funktionseliten unserer Partei. Aber es bedeutet zugleich einen Zugewinn in sozialer Verankerung.

Und die Sozialdemokratie war immer am stärksten, wenn sie Teil einer sozialen Bewegung war. Sie hat mehr als 100 Jahre darum gekämpft, endlich auch Teil des Staates zu werden.

Das sind wir jetzt. Allerdings sind wir es inzwischen wohl zu viel. Jedenfalls gehören wir für viele Menschen eher zu „denen da oben“, die ihnen fremd gegenüberstehen.

Damit ich nicht falsch verstanden werde: Der Verweis, der Notwendigkeit der ökonomischen Globalisierung auch eine politische Globalisierung gegenüber zu stellen, ersetzt nicht eine auch national auf mehr Gerechtigkeit ausgerichtete Politik.

Aber die dafür gefundenen Antworten werden nur glaubwürdig, wenn sie durch eine internationale Politik begleitet werden.

Die Verteilungsfrage oder der Verteilungskampf findet auch in der Welt des 21. Jahrhunderts in der Wirtschaft statt. In diesem Sinne ist es für die Sozialdemokratie entscheidend, die arbeitende Mitte der Gesellschaft im Blick zu haben und ihre Interessen zu vertreten. Sie für die Idee der Solidarität national und international zu gewinnen, ist die zentrale Orientierung der Sozialdemokratie!

Unser Land hat unglaublich viele Möglichkeiten. Es ist hoch angesehen in der Welt. Und für viele Menschen geradezu ein Sehnsuchtsort der Sicherheit und der Zukunftschancen.

Das hat mit vielen politischen Anstrengungen der Vergangenheit zu tun. Heute aber sind wir neu herausgefordert. Unsicherheiten nehmen zu. Die Parteien der demokratischen Mitte verlieren an Zuspruch. Ich glaube, dass wir den Kampf um die demokratische Mitte neu aufnehmen müssen. Und ich bin überzeugt, Gerechtigkeit ist der Schlüssel dazu.